Fernsprech-Stellen
11 Amt., 532 Amt. - Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Inserate Marienstr. 13 bis Nachmitt. 5 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., für Provinz und Ausland 20 Pfg. Eine Garantie für das nächstägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Pränumerandozahlung durch Briefmarken od. Postnachnahme. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Müller Gorlitz, A. Barck Halle, B. Arndt Berlin W., A. Steiner Hamburg, Pigau Teplitz. Für Aufnahme einzel. Manuscripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Schlafdecken,
Specialität:
Kameelhaardecken
empfiehlt
W. Metzler,
Altmarkt 15.
Preisliste gratis und franco.

Adolf Helm,
Wäsche-Manufactur und Magazin für Braut-Ausstattungen,
befindet sich jetzt
Ecke Altmarkt, Schreibergasse 1.

Beste und billigste Bezugsquelle für Wild und Geflügel
Unger's Wildhandlung
13 Pillnitzerstrasse 13.
Hasen gespickt von 2 Mark, die stärksten 3 Mark.

Fernsprechstelle 368. British Hôtel u. Restaurant Fernsprechstelle 368.
schöne rauchfreie Localitäten.
Diners von 1 50 an, à la carte zu jeder Tageszeit.
Münchner, I. Culmbacher u. Plauenscher Lagerkeller.
ff. Weine. Prompte Bedienung.
Hochachtungsvoll
Ed. Gerdes, früher im Hôtel goldener Ring.

M. H. Wendschuch,
Bandagist u. Orthopädist (etablirt 1862,)
Vorstandsmitglied des Universalvereins,
Marienstrasse 21b, Dresden.
Anfertigung u. grosses Lager aller soliden Arten Bandagen-Leibbinden, orthopäd. Corsets, Geradhalter, Fuss, maschinen, künstliche Beine, Artikel für Chirurgie, Orthopädie, Krankenpflege etc.

Nr. 325. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl.

Aussichten für den 21. Novbr.: Südostwind von mittlerer Stärke, Theilweise bewölkt, aber trocken. Temperatur während der kommenden Zeit unter Null. Bemerkung: Oertliche und zeitweise Nebelbildung.

Dresden, 1885. Sonnabend, 21. Novbr.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten".

Berlin. Dem Reichstage ist gleich bei der Eröffnung eine Vorlage über die Regelung der Unfallversicherung der Beamten und der Personen des Soldatenstandes zugegangen. Auf diese Kategorien soll das Unfallversicherungsgesetz nicht ohne Weiteres ausgedehnt werden, vielmehr soll für dieselben eine dienstpragmatische Regelung erfolgen. Eine weitere Erwägung dürfte namentlich die Bestimmung der Vorlage verdienen, wonach die Pensionen verunglückter Beamten auch bei einer solchen Verschuldung der Verletzten wegfallen sollen, welche Dienstentlassung zur Folge hat. Verhungern kann man diese Leute nicht lassen, sie würden also der kommunalen Armenpflege zur Last fallen. Die damit verknüpften Uebelstände haben aber gerade zur reichsgesetzlichen Regelung der Unfallversicherung geführt. Kann man in dem angegebenen Falle nicht die volle Pension bewilligen, so wäre doch zu erwägen, ob nicht ein dem Existenzminimum entsprechender Betrag zu gewähren sein würde. — Im Etat der Reichspostverwaltung ist ein Betrag von 60,000 Mark als erste Rate zur Errichtung eines neuen Dienstgebäudes in Werdau eingestellt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß in Werdau, einem Hauptsitze der sächsischen Wollspinnerei und Weberei, der Post- und Telegraphenverkehr in lebhafter Entwickelung begriffen ist. Die vorhandenen Miethsräume reichen nicht aus, andere passende Räume sind nicht zu haben und so soll Werdau ein eigenes Postgebäude erhalten. Ein geeigneter Bauplatz ist bereits für 11,600 Mark angekauft. Die Baukosten sind auf 121,558 Mark veranschlagt.

Berlin. Reichstag. Die Wahl des Präsidenten erfolgte durch Stimmzettel, da die Welfen gegen die Akklamationswahl des früheren Präsidenten Widerspruch erhoben hatten und zwar, weil der Präsident von Wedell-Piesdorff in der vorigen Session den Reichskanzler wegen seiner gegen die Welfen gerichteten Aeußerungen: „Sie treiben Landes- und Reichsverrath" nicht monirt hatte. Zum ersten Präsidenten wurde von Wedell-Piesdorff mit 203 Stimmen wiedergewählt. Von den abgegebenen 319 Stimmzetteln waren 45 unbeschrieben. Zum ersten Vicepräsidenten wurde v. Frankenstein (Centrum) mit 201, zum zweiten Vicepräsidenten Hoffmann (freisinnig) mit 207 Stimmen wiedergewählt. Die Wahl der Schriftführer, darunter Evioldt, erfolgte per Akklamation. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Morgen stehen Rechnungssachen und Unfallversicherung für Beamte und Militärpersonen auf der Tagesordnung. Die polnische Fraktion des Reichstages brachte eine Interpellation wegen der polnischen Ausweisungen ein. In derselben werden die Ausweisungen verurtheilt und wird die Frage gestellt, was die Reichsregierung zu thun gedenke, um weitere Ausweisungen zu verhindern. — Die konservative Fraktion des Reichstages wird voraussichtlich demnächst den Antrag betreffs Aufnahme des Befähigungsnachweises in der Gewerbeordnung (Antrag Ackermann) wieder einbringen. Der Antrag gelangte in der vorigen Session nicht zur Erledigung. Das Centrum brachte einen Antrag auf Einführung der Berufung in Strafsachen ein. Die Kolonialfrage soll schon bei der Generaldebatte über den Etat zur Sprache gebracht werden. In die Berathung des Etats wird am Dienstag eingetreten. — Vom Reichstagsbau soll im nächsten Jahre das Erdgeschoß fertig gestellt werden. — Die Sozialdemokraten brachten das Arbeiterschutzgesetz in wenig veränderter Form ein.

Berlin. Betreffs der Verhaftungen von Zahlmeistern wird mitgetheilt, daß der entlassene Commis eines Hildesheimer Lieferanten diesen wegen Uebervortheilung der Militärbehörde denunzirte, worauf die Verhaftungen der mit den Lieferanten in Verbindung gestandenen Zahlmeister im Interesse der Untersuchung erfolgte. Es sollen Zahlmeister von sechs (sechsten?) Armeekorps in Mitleidenschaft gezogen sein.

Berlin. Die „Nationalzeitung" äußert sich über die deutschfreisinnige Partei und speziell Richter: Er werde die deutsch-freisinnige Fraktion, die hauptsächlich wegen seiner Mißliebigkeit im Lande bei dem ersten Wahldebut sofort ein Drittel ihres Bestandes verlor, ebenso ruiniren, wenn ihm dazu die freie Hand gelassen wird. Richter sei ein Partei-Verderber nicht ein Partei-Führer (die „Nat.-Ztg." ist bekanntlich auch deutsch-freisinnig). Für Richter komme die öffentliche Meinung nur insofern in Betracht, als sie das Echo für Richter's Parlamentsreden ist. Er habe sich durch diese seine Denkweise mit der ganzen Presse, auch den seiner Fraktion nächststehenden Blättern überworfen, da die Zeitungen nicht nöthig haben, sich so behandeln zu lassen, wie manche Inhaber parlamentarischer Mandate (Anspielung auf Partidiäten).

Wien. Die Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft zeigt die vom Widdiner Festungskommandanten in den letzten Tagen angeordnete Sperrung als aufgehoben an.

Paris. Die Stimmung für das Kabinet Brisson hat sich gebessert infolge seines entschiedenen Vorgehens und weil die Mehrheit der Kammer jetzt keinen Ministerwechsel wünscht. — Der Tonkingkredit wird bewilligt, da es sich dabei nur um eine Uebertragung des Kredites auf 1886 handelt.

Belgrad. Die Kämpfe bei Slivnitza dauern entscheidungslos fort. Garaschanin wurde zum Könige gerufen.

Die **Berliner Börse** war im Allgemeinen fest und die Mehrzahl der Kurse stellte sich besser. Das Geschäft war ziemlich belebt, besonders in Eisenbahnen, für welche ein Deckungsbedürfniß bestand, namentlich für Mainzer und Mecklenburger. Kreditaktien waren ruhig, Diskontogesellschaft und deutsche Bank belebt und anziehend. Für Bergwerke machte sich eher Realisationslust bemerkbar. Fremde Renten waren fest. Im weiteren Verlaufe schwächte sich die Tendenz, besonders für spekulative Bergwerke, ab. Im Kassaverkehre waren dieselben dagegen anziehend, ebenso Industrien, für die eine gute Nachfrage bestand. Oesterreichische Prioritäten waren behauptet, Privatdiskont 2¾ Proz.

Frankfurt a. M., 20. Novbr. Credit 228½. Staatsbahn 219. Lombarden 110. Galizier —.—. Egypter 64,81. 4proc. Ungar. Goldrente 78,93. Gotthardbahn —,—. Disconto 194,43. Darmstädter —. Ruhig.

Wien, 20. November. Credit 284,20. Staatsbahn 271,40. Lombarden 135,50. Nordwestb. 166. Marknoten 61,80. Ung. Credit 298,50. — Ruhig.

Paris, 20. Novbr. Schluß. Rente 79,95. Anleihe 108,15. Italiener 86,15. Staatsbahn 563,75. Lombarden 283,75. do. Prioritäten —,—. Spanier 56½. Oest. Goldrente —. Egypter 322,08. Ottomanen 498,00. Schwach.

London, 20. November, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100½, 1873er Russen 95½. Italiener 85½. Lombarden 11 1/16. Konv. Türken 14 1/16. 4proc. fundirte Amerikaner 127½. 4proc. Ungar. Goldrente 79½. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 105½. Egypter 64. Ottomanbank 9⅞. Suez-Actien 88½. Platzdiscont 2½. — Stimmung: Fest. Wetter: Kalt.

Breslau, 20. November, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. November-December 36,20, pr. April-Mai 38,50, pr. Mai-Juni 39,20. Weizen pr. November —,—. Roggen pr. November-December 132,00, pr. April-Mai 136,00, pr. Mai-Juni 138,00. Rüböl loco pr. November 46,50, pr. Nov.-Dec. 46,50, pr. April-Mai 47,50. Zink umsatzlos. — Wetter: Trübe.

Stettin, 20. November, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen ruhig, loco 141—149, pr. November-December 149,50, pr. April-Mai 161,50. Roggen behauptet, loco 126—128, pr. Novbr.-December 128,50, pr. April-Mai 135,50. Rüböl unverändert, loco pr. Novbr.-Decbr. 62,00, pr. April-Mai 66,00. Spiritus fest, loco 37,80, pr. November-December 37,80, pr. December-Januar 37,80, pr. April-Mai 38,90. Petroleum loco 8,40.

Dresden, den 21. November.

— Se. Majestät der **König** begab sich vorgestern mit Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen Georg und Sr. Erlaucht dem Prinzen Georg von Schönburg-Waldenburg in Begleitung des Finanzministers Freiherrn v. Könneritz und des Generalleutnants General-Adjutant v. Carlowitz, sowie des Wirkl. Geh. Rath Oberhofmeister v. Lüttichau nebst dem Oberstallmeister v. Ehrenstein und mehreren anderen als Jagdgäste geladenen Cavalieren nach Moritzburg, um im dasigen Forstrevier eine größere Hochwildjagd abzuhalten, wobei das Jagdfrühstück im sogenannten Hellbanie, das Jagd-Diner aber im kgl. Schlosse zu Moritzburg abgehalten wurde.

— Ein Theil der sächsischen Landtagsabgeordneten, welche zugleich Mitglieder des Reichstages sind, haben sich, wie die Abgg. **Günther** und **Ackermann** zu den Verhandlungen desselben nach Berlin begeben. Die Uebrigen haben es vorgezogen, vorläufig an den Verhandlungen des sächsischen Landtages theilzunehmen.

— Der vorgestrigen **Stadtverordnetensitzung** präsidirte Herr Vicevorsteher Dow. Matthäi; Herr Geb. Hofrath Ackermann ist für die Dauer des Reichstages beurlaubt. — Infolge eines Antrages des St.-V. Andreien und Gen. wird der Rath ersucht, auch in der Johannstadt eine Volksbibliothek zu errichten. Da von dem dortigen Bezirksvereine 200 Mark für diesen Zweck gesammelt worden sind, so würde die Stadt noch 1800 Mark zur Gründung der Bibliothek und dann jährlich 1200 Mark zu ihrer Erhaltung zu bewilligen haben. — St.-V. Hartwig hat einen Antrag eingebracht, nach welchem der Rath zum Beitritt zu einem Gesuch an die kgl. Staatsregierung ersucht werden soll, dahingehend, „Hochdieselbe wolle im Verein mit der Landesvertretung eine Abänderung des dermalen bestehenden Brandkassengesetzes dergestalt vornehmen, daß entweder der Stadt Dresden der Austritt aus der Landesbrandkasse gestattet oder doch mindestens für sie in Zukunft die Beiträge um so viel niedriger gestellt werden, als die hier in Frage kommenden großen und kostspieligen Institute der hiesigen Stadtverwaltung, die Wasserleitung und die Berufsfeuerwehr, im Verhältniß zu anderen Orten, welche solche Institute nicht besitzen, die Feuersgefahr vermindern." Der Antragsteller führte die im Antrag selbst enthaltene Begründung desselben wortreich aus und behauptete, die Stadt habe in der Periode von 1859—1881 nahe an 5,000,000 Mark Brandkasse gezahlt und nur 7—800,000 Mark als Brandentschädigungen zurückerhalten. Wie die Brandversicherung für Dresden dann sich gestalten soll, wenn der Austritt aus der Landesbrandkasse erlangt würde, darüber scheint er sich selbst noch nicht recht klar; er meint, vielleicht könne sie dann die Stadt übernehmen. St.-V. Wetzlich meint, der Antrag enthalte längst allgemein empfundene Wünsche und es werde ihm jeder Bürger beistimmen, wenn er auch durchaus nichts Neues brächte, auch nicht einmal in seiner Begründung. Auch sei der Antrag nach der heutigen (19. dies.) Verhandlung in der 2. Kammer eigentlich überflüssig, da in derselben, bei Gelegenheit der Berathung über das Brandversicherungsgesetz, Herr Bürgermeister Bönisch im Interesse der Stadt denselben Gedanken ausgeführt habe. Er (Wetzlich) glaube aber nach der Rede des Ministers nicht daran, daß ein Antrag, wie der obige, irgend welche Aussicht auf Erfolg habe, wenigstens während der jetzigen Session nach der fühlbaren Stimmung der Kammermajorität gewiß nicht. Die Wetzlich'schen Aeußerungen werden von Herrn Stadtrath Teuchert bestätigt. Der Rath habe sich längst mit dem, was hier St.-V. Hartwig vorbringe, beschäftigt und bereits durch Anträge an die Regierung darnach gestrebt, daß der Stadt von der großen Summe, die ihre Einwohnerschaft Brandkasse zahlen müsse, mehr als bisher wieder zu Gute komme. Es sei auch Erfolg erzielt worden, indem die Regierung vorschlägt, daß von den Brandkassenbeiträgen anstatt bisher nur 4 Proz. nunmehr 6 Proz. an die Stadt zurückgezahlt werden sollen. Der Antrag Hartwig sei ja gut gemeint, aber — wie könne man überhaupt auch nur für möglich halten, die Regierung werde eine Stadt mit einer Viertel Million Einwohner und über 7000 Grundstücken aus der Landesbrandkasse herauslassen. Das könne sie schon der Konsequenzen wegen nicht, es würden ja dann alle Städte kommen. Der Hartwig'sche Antrag wird schließlich dem Rechts- und Finanz-Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen. — Der genannte vereinigte Ausschuß berichtet hierauf über die neulich aus der **Steuerreformvorlage** — die im Uebrigen bekanntlich Annahme gefunden hatte — zurückgewiesenen Positionen über **Bier** und **Schlachtvieh** und es wird nach seinen Vorschlägen der Tarif für die indirekten Abgaben betreffs obiger Positionen nun folgendermaßen festgestellt. Für eingeführtes Doppel- und Lagerbier, einschließlich des sogen. bayrischen und im Zollverein gebrauten sogenböhmischen Bieres 60 Pf. und für das Einfache und Halbbier 40 Pf. pro Hektoliter, dagegen für im Gemeindebezirk gebrautes Einfaches und Halbbier 25 Pf. und andere Bierarten 60 Pf. pro Hektoliter. Bezüglich des Schlachtviehes gelten folgende Abgabesätze: für Ochsen, Stiere und Samenrinder 10 M. pro Stück, für anderes, über 150 Kgr. schweres Rindvieh, pro Stück 8 M., für Kälber und Kalben unter 65 Kgr. pro Stück 1 M., für solche über 65 bis mit 150 Kgr. pro Stück 2 M., für Schafe pro Stück 50 und für Ziegen pro Stück 15 Pf. Damit ist der Tarif für die indirekten Abgaben nunmehr vollständig festgestellt. Zum Gemeinde-Einkommensteuer-Regulativ hatte bekanntlich neulich St.-V. Hartwig beantragt, man solle auch die Erträgnisse heranziehen, die auswärtige Viehhändler durch den regelmäßigen Betrieb ihres Handels auf hiesigem Schlachthof, ferner auswärts wohnende Direktoren und Lehrer aus in der Stadt ertheiltem Unterricht und Verwaltungsräthe, Aufsichtsräthe, Direktoren, Prokuristen, Bevollmächtigte und Geschäftsführer aus hiesigen Aktien-Unternehmungen, Banken 2c. bezögen. Nur das Heranziehen der Direktoren und weiter genannten Bank- und Aktien-Leute wurde schließlich beschlossen. Die Viehhändler müssen freigelassen werden, da der Schlachthof ein Markt im Sinne der Gewerbeordnung ist und von dem auf offenem Markt erzielten Erwerb eine Kommunsteuer nicht erhoben werden darf. Die Ansicht des St.-V. Hartwig, der Schlachtviehhof sei kein Markt im Sinne der Gewerbeordnung, wurde auf Grund des Gesetzes durch Bürgermeister Bönisch und Stadtrath Hendel gründlich widerlegt. — Schließlich, nachdem somit die Steuerreform-Vorlage nunmehr als fertiges Ganzes zu betrachten ist, wurden noch die sämmtlichen, auf die Steuerreform bezüglichen Petitionen und Anträge für erledigt erklärt. Nun ist freilich abzuwarten, wie sich am nächsten Jahresschluß das Ergebniß der **ausgeführten** Reform darstellen wird. St.-V. Thiel sagte zum Schluß noch Folgendes: Man ernte zwar als Stadtverordneter, wenn man noch so thätig sei und noch so das Beste wolle, von der Menge selten Dank, es sei denn, man übe eine recht **geräuschvolle** Thätigkeit. Dafür habe ein Theil der Menge Bewunderung und da gäbe es wohl auch Dank; heute dränge es ihn aber angesichts der Bewältigung der Riesenarbeit dieser Reform zunächst für den Referenten, St.-V. Dr. Nippold, dann für die Ausschüsse und für Geh. Justizrath Dr. Rüger, der als vormaliger Bürgermeister bekanntlich den ersten Entwurf der Reform geschaffen habe, einen protokollarischen Dank zu beantragen. Diesen Worten folgten allseitige Bravos und allgemeine Zustimmung; St.-V. Hartwig beantragte den obigen Dank auch auf den späteren Bearbeiter der Vorlage, Herrn Bürgermeister Bönisch, zu erstrecken, was gleichfalls unter Bravo Zustimmung fand. — Im Uebrigen wurde noch genehmigt, daß die Stadt der Parochie der Martin-Luther-Kirche ein Darlehn von 200,000 Mark zu 4 Proz. giebt, daß für das seit 1. Oktober d. J. im Besitz der Stadt befindliche Körner-Museum die Versicherungssumme von 1116 Mark auf 10 Jahre, und der Unterhaltungsaufwand für das letzte Quartal d. J. mit 820 Mark bezahlt wird. Endlich findet auch das revidirte Sparkassen-Regulativ, nachdem der Rath den diesjährigen Anträgen und Wünschen beigestimmt, Mitvollziehung und wird im Einverständniß damit erklärt, daß die bezüglich der Verzinsung der Einlagen in dem neuen Regulativ getroffenen Bestimmungen unerwartet des Inkrafttretens desselben vom 1. Januar 1886 ab Platz greifen. — Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung waren nicht von allgemeinem Interesse.

— **Mittheilungen aus dem Staatshaushalts-Etat.** Die Posten des außerordentlichen Etats sind von ausführlichen erläuternden Bemerkungen begleitet, denen wir im Folgenden einige Hauptstellen entnehmen. Für die Erbauung eines Winterhafens bei Riesa werden, wie schon kurz erwähnt, 616,000 Mk. und für die Erweiterung des dortigen Elbquais und die Erbauung einer neuen Quai-Verbindungsbahn 784,000 Mk. gefordert. Der Umschlags-Verkehr auf dem Elbquai hat sich in den letzten Jahren in ungeahnter Weise gesteigert. Während derselbe im Jahre 1878 im Ganzen 25,607,567 Kgr. betrug, hatte er sich auf 112,886,700 Kgr. im Jahre 1883 und auf 203,053,210 Kgr. im Jahre 1884 gehoben, und auch im Jahre 1885 ist trotz der ungünstigen Wasserstandsverhältnisse ein weiteres Steigen bemerkbar gewesen. Bei den Erörterungen, welche angestellt worden sind, um Klarheit darüber zu schaffen, auf welche Weise den durch den gesteigerten Verkehr bedingten Unzuträglichkeiten auf die zweckmäßigste und nachhaltigste Weise abgeholfen werden könne, zeigte es sich, daß eine Verlängerung des Quais stromaufwärts nur eine beschränkte Abhilfe schaffen würde. Obwohl eine solche Anlage den Wünschen der Stadt Riesa besonders entsprechen würde, so würde nach dieser Richtung hin doch nur eine ziemlich eng bemessene, nicht ausdehnungsfähige Anlage gewonnen werden, und die Erbauung einer leistungsfähigen Verbindungsbahn nur schwer durchführbar sein. Aber auch eine bloße Verlängerung der Quaianlage stromabwärts würde sich nicht als zweckmäßig bezeichnen lassen. Dagegen schien es ganz besonders passend zu sein, die Döllnitzbach für den in Frage stehenden Zweck zu benutzen. Diese bildet von ihrer Einmündung in die Elbe ein natürliches Becken, welches eine Ausdehnung von ungefähr 10 Hektar besitzt. Hier läßt sich in großem Maßstabe eine Quaianlage, zugleich verbunden mit einer Hafenanlage, herstellen. Es ist daher beabsichtigt, an der Döllnitzbachmündung bei Riesa einen Schutzhafen anzulegen, dessen eine Seite aber mit einer Quaimauer zu versehen, um denselben zugleich für den Umschlagsverkehr nutzbar zu machen. Der Hafen wird rechtwinklig zum Elbstrome liegen und sich von diesem bis zur Riesa-Strehlaer Straße erstrecken. Er soll vorläufig eine Breite von 60 Meter und eine Länge von 600 Meter erhalten, wodurch Raum zur Unterbringung von etwa 70 großen Elbkähnen geschaffen wird. Eine weitere Ausdehnung der Hafenanlage auf nahezu die doppelte Fläche ist im Falle eintretenden Bedürfnisses leicht ausführbar. Am Eingange des Hafens soll ein Vorhafen angelegt werden, von welchem aus die Schiffe, vor dem Andrange des Stromes geschützt, die Drehung in die Hafenmündung leicht ausführen können. Die Anlagen sollen von der Wasserbauverwaltung geschaffen werden. — Für das Schmerzenskind unserer sächsischen Staatsbahnverwaltung, die **Chemnitzer Bahnhofsanlagen**, haben sich wiederum, wie gleichfalls schon erwähnt wurde, zahlreiche Um- und Neubauten als nöthig herausgestellt. 2,004,226 Mk. werden sie Alles in Allem zu stehen kommen, und 822,000 Mk. sind hiervon in den neuen Etat eingestellt, sodaß für den Etat der übernächsten Finanzperiode noch etwa 1,183,000 Mark übrig bleiben. Der Verkehr hat sich auf dem Chemnitzer Bahnhofe ganz wesentlich gesteigert, sodaß man die Wagen-Ein- und Ausfuhr im laufenden Jahre auf 876,500 Stück schätzt. Die von der letzten Ständeversammlung bewilligten Gleiserweiterungen haben eben nur ausgereicht, um gänzliche Verkehrsstockungen, wie sie bereits im Jahre 1881 eingetreten sind, hintanzuhalten. Den Hauptübelständen auf dem Bahnhofe in Chemnitz, welche aus der, eine zweckmäßige Betriebsführung hindernden und die Uebersichtlichkeit ganz wesentlich störenden Schmalheit der ganzen Bahnhofsanlage herrühren, hat diese geringfügige Erweiterung, so werthvoll sie auch für die Abwickelung des Verkehres sich im letzten Jahre erwiesen hat, nicht abhelfen können. Eine gründliche Umgestaltung der dem Güterverkehr dienenden Anlagen läßt sich bei der zu verhoffenden weiteren Steigerung des Verkehres nicht mehr abweisen, und hierfür soll die geforderte Summe verwendet werden. Auch der Crimmitschauer Bahnhof beansprucht die beträchtliche Summe von 669,900 Mk. für Erweiterungsbauten. Anfangs war beabsichtigt, für den Kohlenverkehr, welcher in Crimmitschau 1883 etwa 60 Prozent des Gesammtgüterverkehres betrug, einen besonderen Bahnhof anzulegen und es ist im Etat 1882/83 der Betrag von 70,000 Mk. für den Ankauf des benöthigten Areales bewilligt, dieses Areal auch erworben worden. Im Etat für 1884/85 wurden weitere 87,100 Mk. für die Herstellung der Planie des neuen Bahnhofstheiles bewilligt. Bei der näheren Bearbeitung des Projektes aber wurde die Ueberzeugung gewonnen, daß angesichts der inzwischen eingetretenen weiteren Verkehrssteigerung die Anlegung eines besonderen Kohlenbahnhofs auf dem erworbenen Areale nicht genüge, um eine vollständige Abhilfe für die bestehenden Uebelstände zu schaffen. Man hat sich deshalb entschlossen, außer dem bereits erworbenen Areal das zwischen dem geplanten Kohlenbahnhof und dem Hauptbahnhofe gelegene, allerdings schon bebaute Areal zum Preise von 300,000 Mk. zu erwerben. Unter Benutzung dieses Areals wird eine Anlage gewonnen, welche auch einer weitgehenden Entwickelung des Verkehrs Raum bietet.

— Die **Vorträge in der Aula des Wettiner Gymnasiums**, in welchen recht interessante Themata behandelt werden, erfreuen sich wohlverdienter Beliebtheit in vielen Kreisen. Auch bei dem vorgestrigen 5. Vortragsabend war der schöne Saal gefüllt. Ein ganz besonders anziehender Gegenstand war es, den Herr Oberlehrer Dr. **Maas** ausgewählt hatte: Das deutsche Märchen! Die Ausführungen seines etwa 1½stündigen Vortrages bewiesen, daß er mit der Märchenpoesie vollkommen vertraut und sehr befähigt ist, in wissenschaftlich gediegener und zugleich gefällig populärer Darstellung für das Märchen — nicht das aufgeputzte, sondern das schlichte deutsche Volksmärchen — lebhaft zu interessiren. Nach einer sinnigen Einleitung in poetischer Prosa verbreitete er sich über die Entstehung und Entwickelung des Märchens, den Unterschied zwischen Sage und Märchen, die durch geistvolle Forscher klargestellten Beziehungen zur germanischen Mythologie.

Carl Arazim
Photographisches Atelier
Dresden, Amalienstr. 17.
Beste Arbeit. Mässige Preise.
Naturaufnahmen. Vergrösserungen.